

Letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

Christlich-liberale Koalition stellt ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis

Auch in der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in dieser Legislaturperiode stellt die Koalition ihre Handlungsfähigkeit einmal mehr unter Beweis und bringt zahlreiche wichtige Themen zum Abschluss: Die Einrichtung eines Fluthilfefonds, den Kampf gegen unseriöse Geschäftspraktiken, die Verbesserung der Kontrolle von Vorstandsvergütungen, die Bekämpfung von Menschenhandel und illegaler Prostitution und die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften beim Ehegattensplitting.



Foto: Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger

Neben der Einrichtung eines Hilfsfonds für die vielen tausend Flutopfer, hat die christlich-liberale Koalition in dieser Woche in Berlin zahlreiche weitere Vorhaben abschließen können. So werden im Kampf gegen unseriöse Geschäftspraktiken die Anforderungen an Inkassounternehmen verschärft. Die Schuldner sollen zukünftig besser über den Grund und die Herkunft der Forderung informiert werden. Darüber hinaus werden die Verbraucher vor unerwünschten Telefonanrufen bei Gewinnspielen geschützt. Im Bereich der urheberrechtlichen Abmahnungen wird eine Deckelung des Streitwerts eingeführt, so dass bei Ersttätern nur noch Rechtsanwaltskosten bis zu 200 Euro anfallen sollen. Daneben müssen Verbraucher zukünftig im Bereich des Urheberrechts an ihrem Wohnsitz verklagt werden - die freie Wahl eines Gerichts durch die Rechteinhaber entfällt. Neben diesen Verbesserungen für die Verbraucher hat die Koalition auch Regelungen auf den Weg gebracht, mit denen Vorstandsvergütungen besser kontrolliert werden können. In Zukunft müssen die Gehälter

der Vorstandsmitglieder gesondert ausgewiesen und das Vergütungssystem des Vorstands von der Hauptversammlung gebilligt werden. Dadurch werden die Rechte der Hauptversammlung - und somit der Eigentümer der Aktiengesellschaften - gestärkt. Darüber hinaus haben die Koalitionsfraktionen auch ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Menschenhandel und illegaler Prostitution beschlossen. Dadurch werden Fehler der Rot-Grünen Regierung korrigiert, die das Prostitutionsgesetz im Jahr 2002 geschaffen hat. Prostitutionsstätten werden künftig wieder einer gewerblichen Überwachung unterzogen. Darüber hinaus können zum Schutz der Kunden, der Prostituierten oder der Anwohner Auflagen verhängt werden, um Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen abzuwenden. Zudem hat die Koalition bereits in dieser Woche das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Mai zur Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften umgesetzt und auch eingetragene Lebenspartnerschaften die Möglichkeit des Ehegattensplittings eröffnet.



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!*

In der letzten regulären Sitzungswoche vor den Wahlen stand das Regierungsprogramm von CDU/CSU für die Jahre 2013 bis 2017 in einer Aktuellen Stunde im Fokus. Das Programm benennt klar, in welchen Bereichen wir Schwerpunkte setzen und mehr investieren möchten und unterstreicht damit den politischen Gestaltungsanspruch der Unionsparteien.

Das Regierungsprogramm ist ein Zukunftsangebot und beruht auf dem Kompass 'Sparen und Investieren'. Dieses Modell setzt die CSU in Bayern seit vielen Jahren erfolgreich um. Das Programm gibt Antworten auf die zentralen Fragen der Sicherung von Wettbewerbsfähigkeiten und den Herausforderungen des demografischen Wandels. Die zentralen Anliegen der Union fassen zehn Punkte in der Präambel des Regierungsprogramms zusammen. Dazu zählt beispielsweise die Verbesserung der Rente für Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben.

In Sachen Haushaltskonsolidierung haben wir dabei keinen Nachhilfebedarf. Nach unseren Plänen wird der Bund im Jahr 2014 weniger ausgeben als beim Start der Koalition vor vier Jahren. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen haben wir in Europa das von Finanzminister Steinbrück hinterlassene strukturelle Defizit von 46 Mrd. Euro nicht nur komplett abgebaut, in unserem Haushaltsentwurf 2014 gibt es sogar einen strukturellen Überschuss von rund 2 Mrd. Euro. In der kommenden Wahlperiode zahlt Deutschland mit uns erstmals Schulden zurück.

Das zeigt: Unsere Schwerpunkte und unser Konsolidierungskurs gehen Hand in Hand. Wir brauchen keine Steuererhöhungen in Deutschland, wir brauchen keinen rot-grünen Test, welche Belastungen Wirtschaft und Menschen aushalten können.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Reinhard Brandl MdB

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum EU-Gipfel

Wachstum und Haushaltskonsolidierung sind keine Gegensätze

Die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur Europapolitik hat Gerda Hasselfeldt, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, in dieser Woche genutzt, um die gute Bilanz der Bemühungen im Kampf gegen die europäische Staatsschuldenkrise zu unterstreichen. Ziel sei es gewesen, die Wettbewerbsfähigkeit jedes einzelnen europäischen Landes zu optimieren. Auch in den Krisenländern sind nun bereits erste Fortschritte zu erkennen.

Die Kanzlerin unterstrich in ihrer Regierungserklärung, dass die EU-Staaten ihre Wirtschaftspolitik enger koordinieren müssten. Auch für die CSU-Landesgruppenvorsitzende ist auf europäischer Ebene künftig eine noch bessere Abstimmung notwendig, ohne dabei aber Kompetenzen abzugeben. Es müsse nicht alles von Brüssel aus geregelt werden. „Wir hatten während der letzten Jahre eine Fülle von wichtigen Entscheidungen zu treffen, mussten uns immer wieder mit der schwierigen Situation der Staatsschuldenkrise in Europa auseinandersetzen und werden das auch künftig noch tun müssen“, so Gerda Hasselfeldt. Es sei nur dem Beharren auf notwendige Strukturreformen in den europäischen Krisenstaaten zu verdanken, dass sich die Situation dort heute besser darstellt als noch vor wenigen Jahren. „Wir haben für die Hartnäckigkeit unserer Bundeskanzlerin und des Bundesfinanzministers bei den unzähligen nächtelangen Verhandlungen zu danken“, so die CSU-Landesgruppenvorsitzende. „Das Ziel all dieser Bemühungen ist und muss es weiterhin sein,

die Wettbewerbsfähigkeit jedes einzelnen europäischen Landes zu optimieren. Dies erreichen wir nicht dadurch, dass wir die Schulden der anderen übernehmen - diesen Kurs hätten die Oppositionsparteien gerne genommen“, kritisierte Gerda Hasselfeldt die politischen Vorstellungen von Rot/Grün. Mit Blick auf die Zukunft sprach sich Gerda Hasselfeldt auch für mehr Zurückhaltung der Europäischen Kommission aus: „Nicht alles, was man meint auf europäischer Ebene regeln zu müssen, ist am Ende auch gut.“ Zudem kritisierte Gerda Hasselfeldt die derzeit diskutierten EU-Pläne bei der neuen CO2-Richtlinie. Die neue Richtlinie müsse in eine ökologische und ökonomische Balance gebracht werden: „Wir erweisen niemandem einen guten Dienst, wenn wir unsere bewährten Strukturen im industriellen Bereich, zum Beispiel in der Automobilindustrie, schwächen. Es geht hier nicht nur um Zahlen auf dem Papier, sondern es betrifft ganz konkret die Arbeitnehmer und ihre Familien“, so die CSU-Landesgruppenvorsitzende.

Diese Woche

Letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages Christlich-liberale Koalition stellt ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis	1
Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum EU-Gipfel Wachstum und Haushaltskonsolidierung sind keine Gegensätze	2
Erfolg im Streit mit der EU-Kommission Bayerisches Trinkwasser bleibt bayerisch	2
Hilfsfonds für die Opfer der Flutkatastrophe Schnelle und unbürokratische Hilfe für die Betroffenen	3
CSU-Landesgruppe im Gespräch mit der vhw Enger Austausch mit der Bayerischen Wirtschaft	3
Landesgruppe bedankt sich bei ihrem langjährigen Vorsitzenden CSU-Landesgruppe verabschiedet Michael Glos	4
Bundestag beschließt Antrag zu deutsch-koreanischen Beziehungen Deutsch-Koreanische Beziehungen weiter stärken	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Henning Schacht

Verantwortliche Redakteurin: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212

Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de

internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Erfolg im Streit mit der EU-Kommission

Bayerisches Trinkwasser bleibt bayerisch

Im Streit um die ursprünglichen Pläne der Europäischen Kommission, die Trinkwasserversorgung für internationale Großkonzerne zu öffnen, hat das beharrliche Einwirken von CSU-Landesgruppe, CSU-Europagruppe, CSU-Landtagsfraktion und bayerischer Staatsregierung Wirkung gezeigt: die Wasserversorgung soll von der EU-Konzessionsrichtlinie ausgenommen werden.

Der Gesetzentwurf für die EU-Konzessionsrichtlinie hatte in den vergangenen Monaten Befürchtungen ausgelöst, dass die Versorgung mit Trinkwasser in Zukunft nicht mehr durch die Kommunen, sondern durch private Anbieter erbracht werden könnte. In dieser Woche hat nun der zuständige EU-Kommissar Michel Barnier erklärt, die Wasserversorgung vom Anwendungsbereich der Richtlinie auszunehmen. Damit hat sich der monatelange Einsatz gelohnt, den insbesondere auch die CSU-Landesgruppe immer wieder forciert hatte. Über Monate hatte sich die Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt immer wieder - so



Foto: picture alliance / ZB

wohl schriftlich als auch persönlich - in Gesprächen bei Kommissionspräsident Barroso in Brüssel sowie mit Kommissar Barnier in Berlin in diesem Sinne eingesetzt. Auch die übrigen Mitglieder der CSU-Landesgruppe haben unter anderem in den Ausschüssen immer wieder konsequent in dieselbe Richtung argumentiert. „Die CSU hat von Beginn an gefordert, dass jeder Mitgliedstaat selbst über die Organisation seiner Wasserversorgung entscheiden können soll. Es hat sich gelohnt, standhaft zu bleiben“ so Gerda Hasselfeldt. „Nun bleibt zu hoffen, dass die Kommission dem Vorschlag von Barnier folgt“, ergänzt die Landesgruppenvorsitzende.

Hilfsfonds für die Opfer der Flutkatastrophe

Schnelle und unbürokratische Hilfe für die Betroffenen

Die christlich-liberale Koalition hat in dieser Woche den Beschluss der Ministerpräsidenten und der Bundesregierung aus der vergangenen Woche umgesetzt und einen Hilfsfonds für die tausenden Betroffenen der Flut eingerichtet. Schnell und direkt, unbürokratisch und nachhaltig – so hilft die Bundesregierung nach den Worten von Kanzlerin Angela Merkel den Opfern der Flutkatastrophe im Süden und Osten Deutschlands.

In ihrer Regierungserklärung zum zweiten „Jahrhundert-hochwasser“ in nur elf Jahren zeigte sich Angela Merkel am Dienstag zuversichtlich, dass Deutschland die Herausforderungen gemeinsam bewältigen kann. Merkel erwähnte die Soforthilfe in Höhe von 400 Millionen Euro, die Bund und Länder unmittelbar nach Beginn der Flut bereitgestellt hatten. Sie habe Privatleuten und Gewerbetreibenden geholfen,

erste Not zu lindern und schnell Schäden zu beseitigen. Für den zügigen Wiederaufbau sei nun eine erhebliche finanzielle Anstrengung nötig, sagte sie unter Verweis auf den Acht-Milliarden-Fonds, an dem sich der Bund mit 4,75 Milliarden und die Länder mit 3,25 Milliarden Euro beteiligen. Die Kanzlerin listete darüber hinaus weitere Erleichterungen für die Geschädigten auf. So gibt es für Betriebe und Landwirte, die Flutschäden davongetragen haben, zinsverbilligte Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der landwirtschaftlichen Rentenbank.



Aufräumarbeiten nach dem Hochwasser in Passau

Foto: picture alliance / dpa

von Hochwasserschäden dienen und die Finanzierung der zugesagten Hilfen für Privathaushalte und die Infrastruktur sicherstellen. Dazu wird der Bund den Fonds in der vollen Höhe von 8 Milliarden Euro vorfinanzieren. Die Kosten für die Wiederherstellung der Infrastruktur in Höhe von 1,5 Milliarden Euro wird der Bund alleine tragen. Im Namen der unionsgeführten Bundesregierung und des Bundestags dankte Angela Merkel für die „gelebte Solidarität“ angesichts der Flut. „Hier hat sich das Ehrenamt erneut als zentrale Stütze unserer Gesellschaft erwiesen“.

Falls Betriebe auf Kurzarbeit umstellen müssen, übernimmt der Bund vorübergehend die Sozialversicherungsbeiträge für die betroffenen Beschäftigten. Helfen sollen außerdem Steuererleichterungen sowie eine Änderung der Insolvenzordnung. Mittel aus dem Fonds können in Anspruch genommen werden, sobald auch der Bundesrat am 5. Juli seine Zustimmung erteilt hat. Der Hilfsfonds soll der Beseitigung

CSU-Landesgruppe im Gespräch mit der vbw

Enger Austausch mit der Bayerischen Wirtschaft

Die Mitglieder der CSU-Landesgruppe haben sich in dieser Woche in Berlin zu einem Gespräch mit dem Präsidium der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. getroffen. Bei dem Treffen betonten beide Seiten die Bedeutung verlässlicher politischer Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaft in Bayern.

Bayern ist seit jeher ein starker Wirtschaftsstandort und zählt zu den wohlhabendsten Regionen in Deutschland. Unsere Wirtschaft ist nicht nur modern, sondern auch international wettbewerbsfähig. Bei dem Gespräch der CSU-Landesgruppe mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft betonte Gerda Hasselfeldt in dieser Woche in Berlin: „Wir wollen die erfolgreiche Entwicklung Bayerns weiter vorantreiben. Deshalb lehnen wir jegliche Steuererhöhungen ab. Da wir die höchsten Steuereinnahmen unserer Geschichte haben, sind die Rot/Grünen Steuerpläne nicht nur entbehrlich, Steuererhöhungen wären auch Gift für die konjunkturelle Entwicklung. Sie



Foto: Bildschön

Die christlich-liberalen Abgeordneten in dieser Woche in Berlin beim Gespräch mit dem Präsidium der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Am Rednerpult: vbw-Präsident Alfred Gaffal

würden die Investitionen der Unternehmen bremsen, hohe Arbeitslosenzahlen erzeugen und unsere derzeit gefüllten Sozialkassen leeren.“ Der Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Alfred Gaffal, begrüßte die wirtschafts- und steuerpolitischen Ziele der CSU-Landesgruppe und betonte, wie wichtig insbesondere Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur seien. Dabei unterstützte er die von der CSU vorgeschlagene Einführung einer Pkw-Maut und erklärte, dass man sie als zusätzliche Finanzierungsmöglichkeit für die Sanierung und den Neubau von Autobahnen, Bundesstraßen und Staatsstraßen ernsthaft prüfen muss.

Landesgruppe bedankt sich bei ihrem langjährigen Vorsitzenden

CSU-Landesgruppe verabschiedet Michael Glos

Nach fast 37 Jahren als Abgeordneter im Deutschen Bundestag ist der Bundeswirtschaftsminister a.D. und langjährige Landesgruppenvorsitzende Michael Glos von der CSU-Landesgruppe feierlich verabschiedet worden. Michael Glos war 1976 als damals jüngster CSU-Politiker in den Bundestag gewählt worden. Von 1993 bis 2005 führte der Müllermeister aus Prichsenstadt bei Schweinfurt als Vorsitzender die CSU-Landesgruppe.

Michael Glos führte damit die CSU-Landesgruppe so lange wie kein anderer. Die amtierende Vorsitzende Gerda Hasselfeldt würdigte bei der feierlichen Verabschiedung am vergangenen Montag in Berlin seine Leistungen. Gleichzeitig bescheinigte sie ihm ein „außergewöhnliches Gespür und eine große Nähe zu den Menschen“. Der als Ehrengast geladene CDU-Altbundeskanzler Helmut Kohl unterstrich, dass Michael Glos entscheidend die deutsche und die europäische Einigung mitgestaltet habe. «Du hast große Verdienste erworben», sagte Kohl zu Glos. Seine Anfangsjahre an der Spitze der Landesgruppe waren dabei jedoch nicht immer einfach. Deutschlands Politik stand damals vor großen Herausforderungen. Die finanzpolitische Bewältigung der Wiedervereinigung und die Vorbereitung auf die Euro-Einführung verliefen schwieriger als ursprünglich erwartet. Die Globalisierung zwang auch Deutschland zu schmerzhaften Maßnahmen zur Stärkung unserer



Foto: picture alliance / eventpress
Gerda Hasselfeldt begrüßt Bundesminister a.D. Michael Glos und Ehefrau Ilse in der Bayerischen Landesvertretung

oftmals die Handschrift der CSU-Landesgruppe durchgesetzt. In den Jahren nach dem Regierungswechsel zur Rot/Grünen Bundesregierung erwies sich Michael Glos getreu den Ratschlägen des unvergessenen Franz-Josef Strauß als Speerspitze der Opposition. An vorderster Front suchte er die Auseinandersetzung mit Gerhard Schröder, Hans Eichel oder Joschka Fischer. Dies gilt für den Streit um die doppelte Staatsbürgerschaft genauso wie für die Verwässerung des Europäischen Stabilitätspakts oder die missbräuchliche Erteilung von Visa in deutschen Botschaften.

Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen des weltweiten Standortwettbewerbs. Und schließlich musste das geeinte Deutschland erkennen, dass es auf der Bühne der internationalen Politik neue Verantwortung übernehmen musste. Michael Glos hat dem damaligen Parteivorsitzenden Theo Waigel dabei stets den Rücken freigehalten und bei Weichenstellungen

oftmals die Handschrift der CSU-Landesgruppe durchgesetzt. In den Jahren nach dem Regierungswechsel zur Rot/Grünen Bundesregierung erwies sich Michael Glos getreu den Ratschlägen des unvergessenen Franz-Josef Strauß als Speerspitze der Opposition. An vorderster Front suchte er die Auseinandersetzung mit Gerhard Schröder, Hans Eichel oder Joschka Fischer. Dies gilt für den Streit um die doppelte Staatsbürgerschaft genauso wie für die Verwässerung des Europäischen Stabilitätspakts oder die missbräuchliche Erteilung von Visa in deutschen Botschaften.

Bundestag beschließt Antrag zu deutsch-koreanischen Beziehungen

Deutsch-Koreanische Beziehungen weiter stärken

Die CSU-Landesgruppe hat traditionell enge Beziehungen zu Korea: Parlamentarischer Geschäftsführer Stefan Müller ist - wie schon sein Vorgänger im Amt des Geschäftsführers Hartmut Koschyk - Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe des Bundestages. In dieser Woche hat der Bundestag einen Antrag beschlossen, mit dem die deutsch-koreanischen Beziehungen weiter dynamisch fortentwickelt werden sollen.

Deutschland und die Republik Korea verbindet eine Tradition des persönlichen Austauschs in den verschiedensten Bereichen. Ein wichtiges Bindeglied zwischen beiden Ländern sind die in Deutschland lebenden ca. 40.000 Koreaner und Deutsche koreanischer Herkunft. Diese Gruppe umfasst sowohl Studierende und Unternehmensvertreter als auch die ehemaligen Bergleute und Krankenschwestern sowie deren Nachkommen. Persönliche Kontakte zwischen Koreanern und Deutschen bilden das Fundament für die guten bilateralen Beziehungen. In diesem Jahr begehen Deutschland und Korea den 130. Jahrestag der Aufnahme offizieller Beziehungen



Foto: CSU-Landesgruppe
Stefan Müller, Landesgruppengeschäftsführer und Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe, im Gespräch mit dem ehemaligen südkoreanischen Außenminister Kim Sung-hwan

zwischen beiden Nationen. Mit der Unterzeichnung des deutsch-koreanischen Handels-, Schifffahrts- und Freundschaftsvertrages am 26. November 1883 wurden die bilateralen Beziehungen auf eine offizielle Grundlage gestellt. Die guten wirtschaftlichen und technologischen Beziehungen beider Länder haben durch das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Korea, das im Juli 2011 in Kraft getreten ist, einen neuen Rahmen bekommen. Die CSU-Landesgruppe begrüßt die neuen Impulse, die aus dem in dieser Woche beschlossenen Antrag entstehen - zum Beispiel in den Bereichen Umwelttechnologien und erneuerbare Energien.

neuen Rahmen bekommen. Die CSU-Landesgruppe begrüßt die neuen Impulse, die aus dem in dieser Woche beschlossenen Antrag entstehen - zum Beispiel in den Bereichen Umwelttechnologien und erneuerbare Energien.